

# Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint montags 16 Uhr. Preis 20 Pf. (10 Pf. für Abonnenten).  
Das Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend



Angelagene des Amtsgerichts...  
Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rosten sowie des Forstrentamts Tharandt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts  
Nr. 30 — 98. Jahrgang — 2. Jahrgang — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Sonnabend, den 4. Februar 1939

### Weiterer Ausbau der Luftwaffe

Verstärkung der Einsatzbereitschaft und Schlagkraft  
Der Führer hat auf Vorschlag des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe mit Wirkung vom 1. Februar 1939 organisatorische Veränderungen innerhalb der Luftwaffe genehmigt, die durch stärkere Konzentration aller Kräfte einen weiteren entscheidenden Fortschritt für den Aufbau der Luftwaffe bedeuten.

Im Zuge dieser Veränderungen werden die Luftflottenkommandos 1, 2 und 3 neu gebildet. Ihre Befehlshaber führen die Dienstbezeichnung:

- Chef der Luftflotte 1 und Befehlshaber Ost,
- Chef der Luftflotte 2 und Befehlshaber Nord,
- Chef der Luftflotte 3 und Befehlshaber West.

Die bisherigen Luftwaffengruppenkommandos entfallen.  
Im RWA sind als die wesentlichsten Veränderungen die Ernennung des Staatssekretärs der Luftfahrt zum Generalinspektor der Luftwaffe, eine wesentliche Erweiterung der Befugnisse der Dienststelle des Chefs der Luftwehr, die Schaffung der Dienststelle des Chefs des Ausbildungswesens, des Generalalltagsmeisters und einer Luftwaffenkommission hervorzuhelben.

Ferner erfolgte die Ernennung von Generalen der Luftwaffe bei den Oberkommandos des Heeres und der Kriegsmarine.  
Alle diese Maßnahmen dienen zur Verstärkung der Einsatzbereitschaft und Schlagkraft der deutschen Luftwaffe und insbesondere ihrer weiteren personellen und materiellen Vermehrung.

- Es werden ernannt:  
Generaloberst W. H. Staatssekretär der Luftfahrt unter Beibehaltung dieser Stellung zum Generalinspektor der Luftwaffe;  
General der Flieger Stumpf zum Chef der Luftwehr;  
General der Flieger Kießling zum Chef der Luftflotte 1 und Befehlshaber Ost;  
General der Flieger Helmig zum Chef der Luftflotte 2 und Befehlshaber Nord;  
General der Flieger Sperrle zum Chef der Luftflotte 3 und Befehlshaber West;  
General der Flakartillerie Kibel zum Präsidenten der Luftwaffenkommission;  
Generalleutnant Kuhl zum Chef des Ausbildungswesens;  
Generalleutnant Wiet zum Generalalltagsmeister;  
Generalmajor Voel zum Amtschef im Reichsministerium der Luftfahrt;  
Generalmajor Kähler wird mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Amtschefs im Reichsministerium beauftragt;  
Generalmajor Bogalich zum General der Luftwaffe beim Oberkommando des Heeres;  
Generalmajor Ritter zum General der Luftwaffe beim Oberkommando der Kriegsmarine;  
Oberst Jeschonnek zum Chef des Generalstabes der Luftwaffe;  
Generalleutnant Wimmer zum Kommandierenden General der Luftwaffe in Ostpreußen;  
Generalleutnant Keller unter Beibehaltung des Ranges eines Kommandierenden Generals zum Kommandeur der Fliegerdivision 4;  
General Ritter von Grein zum Kommandeur der Fliegerdivision 5;  
Generalmajor Voerzer zum Kommandeur der Fliegerdiv. 2;  
Generalmajor Dehlo zum Kommandeur der Fliegerdiv. 6;  
Oberst Wujarik zum Kommandeur der Fliegerdivision 3.

### Halifax zur Führerrede

Die Hoffnungen des Führers unterstreichen  
Der britische Außenminister Lord Halifax sprach in Hull über aktuelle Probleme. Er beschrieb sich zunächst mit innerpolitischen Fragen, wobei er feststellte, daß es hinsichtlich der Arbeitslosigkeit in Großbritannien immer noch nicht gelungen sei, diese wichtige Frage zu lösen, da das weitgehend von der Entwidlung der Außenhandelsbeziehungen abhängige. Zur Frage der britischen Aufrüstung stellte er fest, Großbritannien sei zur See, auf dem Land und in der Luft auf dem besten Wege, seine alte Stärke wiederzuerlangen.  
Dann befaßte sich Lord Halifax mit außenpolitischen Fragen. Die britische Regierung verleihe keineswegs die Schwärzlichkeit der gegenwärtigen internationalen Lage. Es sei das große Verdienst des Premierministers, daß er der Kritik im eigenen Lande nicht nachgegeben habe und auch nicht Verurteilungen unterlegen sei, seine Anstrengungen für einen wirklichen Frieden aufzugeben. Lord Halifax behandelte dann den letzten britischen Kombeuch und stellte dabei das zufriedenstellende Ergebnis der dortigen Verhandlungen fest.  
Der britische Außenminister ging dann zur großen Reichstagsrede des Führers über, wobei er feststellte, daß die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England früher ausgezeichnet gewesen seien. Die beiden Länder seien früher wirtschaftlich und finanziell eng verbunden gewesen.  
Lord Halifax ließ in seiner Rede jedoch eine Antwort auf die Feststellung des Führers vermissen, daß es gerade die Konkurrenz auf dem Weltmarkt gewesen sei, die mit dazu beigetragen habe, den Weltkrieg zu entfesseln.  
Es sei erfreulich, so stellte er dann fest, daß vor kurzem erst ein wichtiges Abkommen mit Deutschland auf dem Kohlenmarkt abgeschlossen worden sei. Jedenfalls glaube er, daß eine Zusammenarbeit der beiden Staaten nicht nur wünschenswert, sondern notwendig sei.  
Zur Feststellung des Führers, daß eine lange Friedensperiode bevorstehe, betonte Lord Halifax, er hoffe, daß sich diese Vorherlage erülle. Der Weltmarkt werde sich dann wieder beleben, und es werde eine wirtschaftliche Entwicklung möglich sein, von der alle Länder Vorteile haben könnten.  
Im übrigen stellte der Außenminister fest, daß er über die deutschen Beziehungen zu Großbritannien und zu anderen Mäch-

## Roosevelt verleugnet Monroe-Doktrin

Seine amerikanische, sondern jüdisch-bolschewistische Politik

Die „Deutsche Diplomatisch-Politische Information“ schreibt:  
Als wichtigster Pfeiler der traditionellen USA-Außenpolitik galt für das amerikanische Volk die vor 120 Jahren aufgestellte Monroe-Doktrin. Der damalige USA-Präsident James Monroe hatte den Grundsatz proklamiert, daß U.S.Amerika eine europäische Einmischung nicht nur in die eigenen Angelegenheiten, sondern auch in die Verhältnisse der übrigen Staaten des amerikanischen Kontinents als Feinde unfreundlicher Gesinnung gegen sich betrachten werde.

Dieser Grundsatz wurde in der Folgezeit von europäischer Seite anerkannt, weil Präsident Monroe ihn durch die Versicherung ergänzte und damit gerechtfertigt habe, daß die Vereinigten Staaten auch ihrerseits sich der Einmischung in europäische Dinge enthalten werden. Die Vereinigten Staaten haben aus ihrer auf Gegenseitigkeit beruhenden und nur deshalb sinnvollen Doktrin großen Nutzen gezogen. Weder der Bürgerkrieg noch sonstige inneramerikanische Schwierigkeiten erforderten eine Einmischung von europäischer Seite, obwohl Frankreich und England im Laufe des vorigen Jahrhunderts mehrmals mit dem Gedanken gespielt haben.

Nach fast hundertjähriger Tradition sind jedoch diese für die Vereinigten Staaten so vorteilhaften Grundsätze, die deutscherseits vor 120 Jahren anerkannt, und jetzt am 30. Januar 1939 erneut bekräftigt wurden, von zwei eigenartig wesensgleichen Politikern der Vereinigten Staaten, Wilson und Roosevelt, einseitig durchbrochen worden.

Der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg unter dem Präsidenten Wilson — ein von keinerlei vitalen Interessen bedingter Schritt — vorbereitet durch eine strahlende Propaganda und durch unehrbare Waffenlieferungen an die Gegner der Mittelmächte bedeutete die erste Verleugnung dieser Tradition. Nachträglich wurde dann auch diese Kriegspolitik vom amerikanischen Volk nicht gebilligt; der Friede von Versailles wurde nicht ratifiziert; der von Wilson propagierte Eintritt in den Völkerbund wurde nicht vollzogen und mit den Neutralitätsgesetzen sollte der auch für Amerika und seine eigenständigen Interessen peinliche Rückschlag in eine außerordentliche Interventionspolitik ein für allemal unmöglich gemacht werden.

Aber diese vom amerikanischen Volk gewollte Niederkehr zu seiner traditionellen Politik der Nichteinmischung war nur von kurzer Dauer. Bereits 1937 erfolgte durch den gegenwärtigen Präsidenten Roosevelt eine Vorforderung der Neutralitätsbestimmungen durch eine Gesetzesnovelle, nach der gegen Verletzung kriegsführender Staaten Kriegsmaterial in Amerika abholen können. Es handelte sich darum, den Wünschen Großbritanniens wie der eigenen, bestimmten Interessen dienenden Kriegsindustrie entgegenzukommen. Präsident Roosevelt und seine Hintermänner sind aber bei dieser Politik nicht stehen geblieben. Die atheistischen Bolschewiken in Spanien wurden mit Waffen und anderem Material unterstützt. In amerikanischen Großstädten wurden ungehört restriktive amerikanischer Bürger für den Soldnerdienst in roten Heeren vorgenommen.

Unwiderrspprochenen Nachrichten zufolge wünscht jetzt der gegenwärtige Präsident, der zwar noch kürzlich an die Adresse der Lima-Konferenz für seine zweideutigen Interessen die Anwendung der Monroe-Doktrin auf Südamerika besonders betonte und sie sogar auf Kanada angewendet wissen wollte, offen eine Regelung durchzusetzen, die es ihm erlaubt, gegebenenfalls aktiv in europäische Verhältnisse einzugreifen.

Er will damit eine sogenannte „demokratische“ Staatsengruppe im Kriegesalle unterstützen können und sie nicht zu einer gegnerischen, ausgleichsfeindlichen Haltung gegenüber den autoritären Mächten provozieren.

Diese verstärkte Betonung der Interventionsabsichten Roosevelts mit gebauchtem Friedensziel ist um so überraschender, als sie in einem Augenblick erfolgt, in dem der Führer als Sprecher Deutschlands seinen Glauben an einen langen Frieden ausdrücklich betont.

Das kann nicht anders verstanden werden, als daß die deutsch-englische, die deutsch-französische und die italienisch-englische Erklärung sowie die Hoffnungen, daß auch zwischen Frankreich und Italien ein gerechter Ausgleich herbeigeführt werden könnte, von Roosevelt und seiner jüdischen Clique bewußt übersehen, ja geradezu als unerwünscht hintertrieben werden sollen. Roosevelts Verhalten zielt also auf offene kriegerische Einmischung in europäische Verhältnisse ab und ist somit eine alte Verleugnung der Monroe-

Doktrin. Bei diesem Verhalten mag der Wunsch eine Rolle spielen, die unerlaubten Kampfflugzeuglieferungen nach Frankreich, die kürzlich durch die amerikanische Presse enthüllt wurden, zu begründen, und, wie fernerzeit im Weltkrieg, die schwerverdienenden Lieferantengruppen und Hintermänner zu decken.

Sicher scheint aber, daß das anständige amerikanische Volk solche Manipulationen ablehnt, und daß dieses amerikanische Volk der Ablehnung einer solchen, nur dem internationalen Judentum und dem Bolschewismus dienenden Politik früher oder später sichtbaren Ausdruck verleihen wird.

In Erinnerung an frühere schlechte Erfahrungen wird das amerikanische Volk angesichts dieser ihm drohenden Gefahr selbst keine Verantwortung fühlen und bedacht sein, daß die Bestimmung über seine Zukunft ihm nicht von „Amerikanern“ aus der Hand genommen wird, die nicht amerikanische, sondern jüdisch-bolschewistische Politik betreiben. Vielleicht erinnert sich das amerikanische Volk rechtzeitig an das politische Testament seines großen Staatsmannes George Washington, der, vor Einmischung in europäische Angelegenheiten warnend, den bedeutenden Satz prägte: Warum sollten wir durch Verknüpfung unseres Geschicks mit dem irgendeines Teiles von Europa unseren Frieden und unsere Wohlfahrt in die Nege europäischer Kombinationen und Gegenschwächen verstricken?

### Revolte gegen USA-Präsident

Amerikanisches Volk über Roosevelts gefährlichen Kurs entsetzt

Die Kriegsvorbereitungen des amerikanischen Präsidenten Roosevelt stehen in unverminderter Schärfe im Mittelpunkt des Empörungsturms, der in der amerikanischen Öffentlichkeit und im USA-Kongress entstanden ist. Die amerikanischen Blätter berichten von dem Entsetzen, das durch Roosevelts gefährlichen außenpolitischen Kurs hervorgerufen wurde. Bei den Mitgliedern des Kongresses treffen haufenweise Briefe und Telegramme aus dem ganzen Lande ein, die dem Unwillen der Bevölkerung über die Haltung Roosevelts Ausdruck geben. Erheblich hat auch die Zahl der Senatoren und Abgeordneten zugenommen, die mit aller Deutlichkeit gegen Roosevelts Kriegsprogramm Stellung nehmen.

### Roosevelt verkaufte geheimegehaltenees Fluggeschütz

Ein neuer Skandal ist im Zusammenhang mit den Flugzeugverkäufen an Frankreich zu verzeichnen. Der republikanische Senator Ahe, Mitglied des Militäranschausses, erklärte, daß im letzten Sommer ein streng geheimegehaltenees Fluggeschütz an England verkauft worden sei.

Ueber die Einzelheiten des Geschäftes habe man ein so strenges Geheimnis gewahrt, daß es nur zwei Kongreßmitgliedern gekannt worden war, das Geschäftsmodell zu beschaffen, damit der Chef des Generalstabes Craig es durchsehen konnte, daß der Militäranschuß des Senats 47 Millionen Dollar für die Herstellung des Fluggeschützes bewilligte. Dennoch hätte Präsident Roosevelt persönlich, so hebt Senator Ahe ausdrücklich hervor, den Verkauf dieses Fluggeschützes an England angeordnet, nachdem der amerikanische Vorkäufer in Paris, Purkin, den Präsidenten über die „gespannte Lage in Europa“ eingehend informiert hätte.

Senator Ahe kündigte an, daß er eine Untersuchung dieses unerhörten Vorganges beantragen werde. USA-Präsident Roosevelt, der das Licht der Wahrheit scheut, hatte wieder eine weitere Geheimbesprechung im Weißen Haus, und zwar mit dem Untersuchungsausschuß des Haushaltsanschausses, wobei das Aufklärungsprogramm besprochen wurde. Der republikanische Abgeordnete Andrews erklärte, man müsse erstmalig in der amerikanischen Geschichte feststellen, daß die Berufs-soldaten im Kriegsministerium weniger vom Kongress anforderten, als das Oberhaupt der Regierung, ein Zivilist, vorgeschlagen habe.

### Dr. Ley fährt nach London

Weltkongreß „Freude und Arbeit“ — Empfang bei Chamberlain

Reichsleiter Dr. Ley begibt sich am Sonntag, 5. Februar, zu einem dreitägigen Aufenthalt nach London, um auf Einladung des National-Fitnes Committee in seiner Eigenschaft als Präsident des Internationalen Zentralbüros „Freude und Arbeit“ an der Sitzung des Internationalen Beratungskomitees teilzunehmen. Zur Erörterung steht neben anderen Fragen die Festlegung des nächsten Tagungsortes für den im vergangenen Jahre in Rom abgehaltenen Weltkongreß „Freude und Arbeit“.

Reichsleiter Dr. Ley wird begleitet von seinem künftigen Vertreter im Internationalen Zentralbüro, Hauptamtsleiter Claus Schner, dem Generalsekretär des Internationalen Zentralbüros „Freude und Arbeit“, Dr. Manthen, und dem persönlichen Referenten Hauptamtsleiter Walter Kiehl.

Das Programm des Londoner Aufenthaltes sieht neben den Sitzungen und Vorträgen des IWA, einen Empfang beim Premierminister Chamberlain vor.